

# „Windräder ungerecht verteilt“

MAIN-KINZIG 16 Bürgermeister protestieren gegen Ausbau-Plan

**L**andrat Thorsten Stolz (SPD) und 16 Bürgermeister im Main-Kinzig-Kreis haben eine Resolution gegen den „Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien“ des Landes Hessen unterzeichnet. Der Entwurf des Teilplans sehe Vorrangflächen für einen erheblichen Ausbau von Windenergie vor. Laut der Erklärung könnte sich damit die Zahl der Windkraftanlagen mit 270 mehr als verdoppeln. Die Unterzeichner bekennen sich zum Ausbau erneuerbarer Energien, bei der Windkraft sieht man die Belastungsgrenze mit 130 Anlagen in naher Zukunft bereits jetzt erreicht. „Durch diese überproportionale Belastung des (insbesondere östlichen) Main-Kinzig-Kreises verliert die Windkraftnutzung zunehmend die Akzeptanz der Bürger und der kommunalpolitischen Verantwortungsträger“, heißt es.

In der Erklärung wird darauf hingewiesen, dass sich im Regierungsbezirk Darmstadt rund 75 Prozent aller im Entwurf des Teilplans ausgewiesenen Vorrangflächen für Windkraftnutzung in den Landkreisen Main-Kinzig, Rheingau-Taunus und Odenwald finden. In anderen Landkreisen dagegen seien unverhältnismäßig geringe Ausweisungen von Vorrangflächen erfolgt, die für Windkraftnutzung geeignet seien. Gefordert wird daher „eine grundlegende Überar-

**Der Ausbau** der Windkraft soll laut Regierung bis zu 2 Prozent der Landesfläche betragen. Das sind 41.314 Hektar, knapp ein Drittel davon liegen in Südhessen.

**Mit dem Sachlichen Teilplan** Erneuerbare Energien werden etwa Windvorrangflächen festgeschrieben.

**Erneuerbare Energien** sollen den Strombedarf Hessens 2050 fast decken.

**Eine Umfrage** der Fachagentur Windenergie an Land ergab, dass 28 Prozent der Befragten „gar keine“ Einwände gegen Windkraft in ihrer Nachbarschaft hätten, 2015 war es noch 35 Prozent. „Die Verteilung des Teilplans, die eine gerechtere Verteilung der Vorranggebiete ‚Windkraft‘ in den südhessischen Landkreisen zum vorrangigen Ziel haben muss“. Der Main-Kinzig-Kreis steht mit seinem Protest nicht allein dar. Bereits im November hat der Landrat des Odenwaldkreises, Frank Matiaske (SPD), von einer skandalösen Ungleichbehandlung gesprochen. Auf den Höhenzügen des Kreises könnten Matiaske zufolge zwischen 230 bis 400 Anlagen entstehen.

Besonders betroffen im Main-Kinzig-Kreis wären die Bewohner im Ostkreis und damit die Spessartregion. Dort leben die Menschen seit einigen Jahren auf

Kriegsfuß mit der Windkraft. Mehrere sehr aktive Bürgerinitiativen sind gegründet worden. Man fürchtet eine erhebliche Beeinträchtigung für den Naturpark Spessart und damit einen Rückgang des Tourismus, aber auch den Verlust der eigenen Lebensqualität, wegen der mutmaßlich geringen Entfernung zu Wohngebieten und Schaden für die zum Teil geschützten Vogel- und Fledermausarten. Nicht zuletzt wird die Kritik mit dem Waldverlust begründet, den der Bau von Windrädern im Forst verursacht.

Mit dem Teilplan und seinen Windvorrangflächen werde der derzeitigen Praxis Einhalt geboten, überall dort Windkraftanlagen zu bauen, wo sie genehmigt werden, teilt das Regierungspräsidium (RP) Darmstadt mit. Im östlichen Main-Kinzig-Kreis seien einige Standorte zur Wahrung des Naturschutzes weggefallen, so der RP-Gebiete, die zu Vorrangflächen ernannt worden sind, seien durch Messungen der Windhöflichkeit ermittelt worden. Die Spessarthöhenzüge hätten sich hierbei als günstige Lage gezeigt, heißt es.

Laut RP wird die Regionalversammlung den Teilplan, zu dem es 25.000 Einwände gab, wohl am 8. März verabschieden. Die Tagesordnung steht noch nicht fest.